

# Sattler- und Portefeuille- Zeitung

Erscheint wöchentlich Freitags :: Bezugspreis durch die Post 1,20 M. vierteljährlich

Inserate für den Arbeitsmarkt 20 Pf., alle andern 30 Pf. pro 3 gespaltene Zeile

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten Lederwaren-Industrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 40 .: 23. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräudenstraße 10b .: Telephon: Ami IV, 2120

Berlin, den 31. Dezember 1909

## Neujahr.

Ein Jahr schon wieder... dröhnend hallt vom Turm  
Sein letzter Glockenschlag. O Zeit, du fliehst  
Wie eine Wolke, die gejagt vom Sturm.  
Was ist die Stunde? Nur ein Atemzug,  
Ein Flügelchlag in deinem Vogelflug.  
Was ist der Tag? Ein Lichtstrahl, der uns grüsst.

Und winktest du uns an sechs Tagen zu —  
Vielleicht, beim Schaffen, leben wir es nicht,  
Und richten uns am liebsten erst auf  
Und heben flüchtig in der Feiertag  
Zu dir und jener dunklen Wolke Lauf  
Das forschende, das schauende Gesicht.

Was ist uns Zeit? Du nahlst uns und enteilst.  
Der Mond steigt auf und senkt sich wieder dann,  
Und finstre Schatten gleiten drüber hin...  
Und Schatten gleiten dunkel durch den Sinn  
Und eine leise Frage flütert: Wann  
Kommt wohl der Tag, da du bei uns verweilst?

Denn diese Zeit ist ja die unere nicht,  
Uns aber ist's, als wäre sie nicht da  
Und streift flüchtig leis nur unser Haar  
Wie Windeshauch, den nie ein Auge sah...  
Es kommt die Nacht, und wieder kommt das Licht  
Des neuen Morgens... Und so wird ein Jahr.

Wir schaun verwundert. Unier Leben geht  
Im Strome hin, und wir, wir willen's kaum,  
Und fühlen nur beim letzten Glockenschlag  
Den heissen Atem und den Sturmestang  
Der schnellen Zeit, die sonst uns wie ein Traum  
Und nun im Harnisch mahndend vor uns steht.

Mit grossen Augen blickt sie nun uns an:  
„Seht, dass ich bin! Noch gab ich auch nicht viel  
Von meinem Selbst. Doch liegt's in eurer Hand!  
Ich bin Erlöserin und bin das Ziel.  
Der hat gewonnen erst, der mich gewann!“...  
Hört! Rufend geht das junge Jahr durchs Land...  
Ernit Preezang.

Unsere Mitglieder, Mitarbeitern  
und Freunden

die besten Glückwünsche  
zum Neuen Jahr!

Die Redaktion. Der Vorstand.

### Am Jahresende!

Jägernd kommt die Zukunft herangezogen,  
Freilich schnell ist das „Zeit“ entflohen  
Und ewig still steht die Vergangenheit!

Ehe man sich verzieht, ist doch so ein Jahr  
des alltäglichen Hastens und Tagens wieder an  
uns vorübergecilt. Wie lang, wie unendlich  
lang kommt es uns vor, wenn wir am Anfang  
eines solchen Betätigungsjahres stehen! Welche  
Hülle von Plänen und guten Absichten, von  
Vorhaben und Hoffnungen nehmen wir stets  
ins neue Jahr mit hinüber. Und wenn wir  
am Schlusse stehen und rückwärts blickend das  
Jahz des Gewordenen, des Erfüllten und —  
des Nichterfüllten, der geträumten Hoffnungen  
sehen und wägen, dann pflegt in der Regel die  
Waage mit den letzteren das Uebergewicht zu  
haben. Doch das ist erklärlich, das liegt nun  
einmal in der Menschennatur vergraben. Der  
Mensch will immer mehr erreichen als zurzeit  
möglich ist! Der Mensch hat immer das Bestreben,  
das Nächstliegende als Selbstverständliches  
zu nehmen und seine Phantasie weit darüber  
hinaus ins Land Unbekannt, ins Land  
der Spekulationen, ungebunden und unbeschränkt,  
schweifen zu lassen. Und das ist  
gut so!

Es wäre schrecklich, wenn es nicht so wäre,  
es hiesse Stillstand, wenn es nicht vorwärts  
blickende und vorwärts drängende menschliche  
Gedanken und Taten gäbe. Ein Zeichen von  
Leben und geistiger Regsamkeit ist es, wenn  
am Jahreschluss noch soviel zu tun übrig geblieben  
ist, das das neue Jahr damit noch reichlich  
ausgefüllt werden kann. Nicht im mindesten

besteht die Notwendigkeit angeichts der unerfüllt  
gebliebenen Hoffnungen und Wünsche, der  
ungelöst gebliebenen Probleme, nur resigniert  
die Hände in den Schoß legen zu wollen. Im  
Gegenteil! Auch hier heißt es, wie unser  
„christliches“ Bruderorgan neulich so schön  
schrieb:

„Da hilft kein Schwärmen bloß und Joffen,  
Kein Traum von künftiger Entfaltung!  
Wein, ringen müsst du mit den Stoffen  
Und hart sie zwingen zur Gestaltung!“

Das unerbittliche Schicksal, mit dem nie  
gerechnet wird, greift eben mit eherner Hand  
dazwischen, zerstört so manche wunderschöne  
Illusion und wirft den Vorwärtstürmenden  
zurück, um ihn den meilenweiten Weg nochmals  
machen zu lassen, wenn er glaubte bereits am  
Ziele zu sein. Es wird auch wenige Glücks-  
und Sonntagskinder geben, die beim Eintritt  
in das neue Jahr mit den Ergebnissen des  
alten vollkommen zufrieden waren. Aber des-  
halb vertragen? Nein und tausendmal nein!  
Die seit zwei Jahren auf uns lastende Krise ist,  
wie man jetzt wohl sagen kann, im Zurückweichen  
begriffen. Eine geradezu glänzende Konjunktur  
hat unsere Taschenindustrie bereits in diesem  
Herbst zu verzeichnen gehabt. Und von dem  
kommenden allgemeinen Wirtschaftsaufschwung  
kann man erwarten, daß von ihm auch die  
anderen Zweige unseres Berufes entsprechende  
Belebung und Befruchtung ziehen werden. Die  
von der Konjunktur unabhängige Militär-  
effektenindustrie ist gleichfalls für die nächste  
Zeit mit Aufträgen bereits versehen bezw. sind  
solche in sichere Aussicht gestellt. Und so  
kann man wohl, wenigstens was die berufliche Seite  
unserer Zukunft betrifft, getrost ins neue Jahr  
hinübergehen. An uns wird es liegen, unsere  
Aufgabe wird es sein, das Jahr 1910 so zu ge-  
stalten, daß uns daselbe die unerfüllt gebliebenen  
Wünsche des alten Jahres vertritt und daß die  
Wunden, die Nachschläge, die uns das alte Jahr  
mit der Reichsfinanzreform schlug, wieder geheilt  
und zurückgewiesen werden. Dazu bedarf es nichts  
weiter als des eifrigen Weiterauf- und -ausbaues  
unserer Organisation. Schon das letzte Halbjahr  
brachte uns gute Fortschritte; aber größer,  
weit größer als diese, müssen die Fortschritte

des nächsten Halbjahres sein. Wir sind im ver-  
gangenen Jahre weitab vom gesteckten Ziele  
geblieben. Sehr vielen unserer Berufskollegen,  
denen eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse  
bitter nottat, konnte nicht geholfen werden,  
teils aber auch, weil die Kollegen selbst  
teils, weil die Wirtschaftslage zu ungünstig,  
noch nicht erkannt hatten, was sie zur  
Wahrung ihrer Berufsinteressen zu tun schuldig  
waren. Mit aller Kraft muß jetzt seitens  
unserer Freunde und Mitglieder eingesezt  
werden für die Werbung von neuen Kämpfern!  
Verlorenes Terrain muß zurück und neues  
dazu erobert werden; das sich in unserem Besitz  
befindliche aber muß beachtet und kultiviert  
werden, damit es reichlich Früchte trage.

Gewaltige Aufgaben harren unserer em-  
sigsten Arbeit, wenn sie der Lösung näher ge-  
bracht werden sollen. Hoffnungsreiche, zu-  
verlässliche, lebens- und schaffensfrohe Mit-  
glieder brauchen wir, die Mut und Selbstver-  
trauen besitzen, um auch im neuen Jahre den  
mühevollen und dornenreichen Pfad der Zu-  
kunft erfolgreich beschreiten zu können. Neue  
Mitsstreiter, neue Rekruten müssen um unser  
sturmerprobtes Banner geschart werden, damit  
unsere Bilanz geschlossener, unsere Sturm-  
kolonnen unversiehblicher werden. Unsere  
Arbeitgeber rufen, an Beweisen dafür dürften  
wir genügend beigebracht haben. Sorgen wir  
dafür, daß uns nicht eigene Lässigkeit oder un-  
angebrachte Siegeszuversicht um langjährige  
Arbeit und Mühen und wohlverdiente Früchte  
berauben bringt. Denn „Wehe dem Besie-  
gten“, dieses Wort wird, bei der jetzigen  
schärfen Ausprägung der gewerkschaftlichen  
Kämpfe, in der Zukunft mehr als je seine Be-  
rechtigung haben. Also die erprobten Kämpfer  
vor die Front! Ihre Aufgabe ist es im neuen  
Jahre, lehrend und lernend zugleich auf die  
jüngeren Kollegen einzuwirken. Die Jugend,  
sie muß mit ihrer Wuthilfe uns zugeführt, an  
uns mit unzerstörbaren Banden gefesselt werden.  
Doch die Fessel der Ueberzeugung, die Fessel  
der Zuneigung muß es sein, die den Nachwuchs  
an uns bindet. Die Jugend muß fühlen, daß  
wir es ehrlich und aufrichtig mit ihr meinen!  
Die Jugend muß fühlen, daß wir ein starker  
Gehilfen sind, der ihr im Sturm und Unwetter

den ihr gebührende höhere Schutz gewährt. Der Jugend muß es zum Bedürfnis werden, bei uns Rat, Auskunft und Hilfe zu holen. Dann kann es an nichts fehlen! So werden wir Kämpfer erziehen, so werden wir bisher unversinnes Kapital anlegen, das reichliche Zinsen tragen wird. Denn, wenn die Jugend gebört, dem gehört die Zukunft.

So wollen wir das neue Jahr beginnen mit feinem, freudigem Blick auf die Zukunft und mit dem Gebets, seit und tren zum Verbände zu halten.

Und wenn am Silvesterabend ein oder der andere unserer Freunde im frohen Kreise die Wahrheit der an der Spitze unseres Artikels stehenden Dichtervorte so recht empfunden haben wird und dadurch etwas sentimentaler gestimmt sein sollte, den bitten wir, sich zusammenzuraffen und daran zu denken, daß die Sentimentalität für Kämpfer unserer Sache eine schlechte Eigenschaft ist, denn:

Kaplos vorwärts muß du streben,  
Nie ermüdet stille stehen,  
Wißt du die Vollendung sehn.

Und damit wollen wir schließen und einstimmen in ein herzliches „Glück auf dem neuen Jahr!“

### Sozialpolitisches aus dem Reichshaushalts-Etat.

Die Zusammenstellung der Ausgaben der einzelnen Reichsämter lassen erkennen, daß auch im nächsten Jahre wieder für das Reichsamt des Innern, das sich bekanntlich mit den sozialpolitischen Aufgaben des Reiches zu beschäftigen hat, nur ein sehr kleiner Teil der gesamten Reichsausgaben bestimmt ist. Aber erst eine genauere Durchsicht des Etats zeigt uns, daß auch von den Ausgaben des Reichsamts des Innern sich nur die wenigsten auf sozialpolitische Zwecke beziehen.

Im ordentlichen Etat bildet die größte Ausgabe, die hier in Betracht kommt, die Aufwendung des Reiches für die Invaliditäts- und Altersversicherung. Für das Jahr 1910 ist der Betrag von etwas mehr als 6 1/2 Millionen Mark eingestellt, gegen das Vorjahr 1,13 Mill. Mark mehr. Diese Zunahme ist einzig und allein die Folge davon, daß naturgemäß die Zahl der Rentempfänger größer wird. Von einer Erhöhung der ganz ungenügenden Invaliden- und Altersrenten aber ist gar keine Rede.

Zur Unterhaltung der „Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt“ ist die Ausgabe von 50 000 Mk. im Vorjahre auf 40 000 Mk. herabgesetzt worden. Die Ausgabe hat bisher betragen:

35 642 Mk.	im Jahre 1906
55 345	1907
46 077	1908

Es soll versucht werden — heißt es dazu in den Erläuterungen — mit einem Betrage von 40 000 Mk. die Ausgaben für die Ausstellung zu erfüllen. Welche Ausgaben für die Ausstellung ohne Schaden erspart werden können, wird uns leider nicht gesagt. Und doch müssen wir unbedingt verlangen, daß das Unternehmen in seiner Entwicklung nicht gehemmt, sondern gefördert wird.

Als Beihilfe für die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz zur Unterhaltung des internationalen Arbeitsamtes sind, wie im Vorjahre, 8000 Mk. verlangt worden. — Im ersten Male dagegen ist unter den „allgemeinen Fonds“ ein Beitrag zu den Kosten des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise eingestellt worden. Dem Verbands sind seit dem Jahre 1902 mehrfach Beihilfen aus Reichsfonds gewährt worden. Die Fonds, aus denen die Beihilfen bisher gezahlt worden sind, bieten für die Zukunft nicht mehr die erforderlichen Mittel! Deshalb der neue Vorschlag in dem Etat. Um die Zweckmäßigkeit dieser Ausgabe zu beweisen, ist in den Erläuterungen angeführt, daß der Verband Deutscher Arbeitsnachweise dahin wirke, unter Verzicht auf eine reichsrechtliche Regelung, in freier Vereinbarung das Arbeitsnachweismesen in Deutschland weiter auszugestalten. Der Verband ver-

folge insbesondere das Ziel, daß das ganze Reich mit einem Netze von öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweisen umspannt wird. „Durch die die in einseitigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerarbeitsnachweisen hervortretenden Gegensätze ausgeglichen und die Mißstände der gewerbsmäßigen Arbeitsvermittlung zurückgedrängt werden.“ Später würde die Aufgabe hinzutreten, das Arbeitsangebot für die verschiedenen Bezirke und Beschäftigungsweige auszugleichen. Dabei soll besonders der Ausbau der Arbeitskräfte zwischen Land und Stadt gefördert werden. Bedauerlich ist aber, daß der Betrag des Reiches für diesen Zweck ebenso gering wie im vorigen Jahre geblieben ist, obwohl eine beträchtliche Erhöhung notwendig wäre.

Die Behörden für die Unterhaltung von Zeugnissen erfordern 38 500 Mk., dieselbe Summe wie im Vorjahre. — Die Ausgaben für das Statistische Amt sind von 2 170 640 auf 2 194 115 Mk. gestiegen. Aber auch dieses Amt hat viel mehr mit anderen Fragen als mit sozialpolitischen zu tun. — Das Gesundheitsamt ist mit 838 840 Mk. eingestellt, gegen das Vorjahr ein Mehr von 19 880 Mk. Es handelt sich im wesentlichen nur um Erhöhung der Gehälter. — Das Reichsversicherungsamt erfordert eine Ausgabe von mehr als 2 1/2 Millionen Mark. Die Zunahme im Vergleich mit dem Vorjahre stellt sich auf 57 365 Mk. Es mußten unter anderen 7 weitere richterliche Beamte eingestellt werden, weil die Zahl der zu entscheidenden Streitfälle gewachsen ist. Zu wünschen wäre nur, daß die Richter mehr Zeit finden, sich genauer mit den Arbeitsverhältnissen bekanntzumachen. Denn in letzter Zeit hören wir von auffallend vielen solcher Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes, die nach unserer Ueberzeugung den besonderen Verhältnissen der Arbeiter nicht in genügendem Maße gerecht werden. Auffallend ist, daß zur Zahlung der Kosten für Beweiserhebungen in Spruch- und Verwaltungsstädten nur 55 000 Mk., d. h. 25 000 Mk. weniger als im Vorjahre eingestellt worden sind. In den Erläuterungen heißt es dazu: die Ausgaben hierfür hätten sich in den letzten Jahren ständig vermindert. Wie ist aber diese Verminderung zu erklären? Es handelt sich hier um die Gebühren für Zeugen und Sachverständige, einschließlich der Gebühren für ärztliche Sachverständige. In den letzten Jahren wurden Klagen darüber laut, daß die Anträge der Arbeiter, die den Kampf um ihre Rechte führen müssen, auf Einholung eines ärztlichen Obergutachtens viel seltener als früher beim Reichsversicherungsamte berücksichtigt werden. Den Arbeitern ist es aber nur zu oft absolut unmöglich, einen Arzt zu finden, der gegen das oft ganz einseitige Gutachten des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft ein wirklich unparteiisches Gutachten abgibt. Deshalb ist es für die Arbeiter von der höchsten Wichtigkeit, daß das Schiedsgericht, und wenn dieses es abgelehnt hat, dann wenigstens das Reichsversicherungsamt ein weiteres ärztliches Gutachten einholt. Eine zu weit getriebene Sparsamkeit in dieser Beziehung würde die Arbeiter auf schwerere Schäden.

In dem Etat des Kanalamtes werden u. a. 20 000 Mk. zu Lohnerböhrungen der Arbeiter gefordert. Außerdem soll bestimmt werden, daß die Einnahmen aus dem Erlöse von Erlaubnisarten zum Besuche der Kanalanlagen, sowie aus der Erlaubnis zum Angeln im Kaiser-Wilhelmkanal für Arbeiterwohlfahrtszwecke verwendet werden sollen. Das soll aber auf dem Umwege geschehen, daß die Gelder dem „Kanal-Frauenverein“ überwiesen werden. Dieser Verein habe, wird in den Erläuterungen behauptet, seine Tätigkeit in den Dienst der Wohlfahrtspflege für die Angehörigen der Kanalverwaltung gestellt und sei berufen, die amtliche Tätigkeit auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege zu unterstützen und zu ergänzen. Seine Organisation ist deshalb eng an die Kanalverwaltung angeschlossen, und in den leitenden Stellen sowohl des gesamten Vereines als auch der einzelnen Ortsgruppen sind Beamte der Kanalverwaltung tätig. Hierdurch werde

der nötige Einfluß der Beamten geübt und ein enges Zusammenarbeiten im Sinne der Kanalverwaltung gewährleistet. Es trägt sich jedoch, ob auch die Arbeiter selbst den notwendigen Einfluß auf die Leitung der Wohlfahrts-einrichtungen haben.

Von den einmaligen Ausgaben sind hervorzuhellen: Zur Förderung der Bekämpfung des Typhus 175 000 Mk., 25 000 Mk. weniger als im Vorjahre. Beitrag an das internationale Institut für Sozialbibliographie 15 000 Mk., wie im Vorjahre. Zur Förderung der Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose 100 000 Mk., 20 000 Mk. weniger als im Vorjahre.

Neu eingestellt sind: Beihilfe an den Verband der Deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstelle 1000 Mk. und Beitrag zur Förderung des ärztlichen Fortbildungswesens 10 000 Mk. Im März 1908 ist ein Reichsausschuß für das ärztliche Fortbildungswesen gebildet worden, der die Aufgabe verfolgt, die wissenschaftliche Fortbildung der deutschen Ärzte — insbesondere auf den Gebieten der Versicherungs- und Gewerbehygiene, der Seuchenbekämpfung und der Volkskrankheiten — in einheitlicher Weise zu fördern. Es ist erfreulich, daß das Reich dieses Unternehmen unterstützt. Der geforderte Betrag soll insbesondere verwendet werden für die Unterhaltung der Geschäftsstelle des Reichsausschusses, für die Förderung von Kursen und Vorträgen, sowie für die Schaffung und Ausgestaltung einer geeigneten Lehrmittellammlung.

Schließlich bringt der außerordentliche Etat die Forderung von 2 Millionen Mark zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und in den Verwaltungen des Reiches, sowie in den Betrieben der Militärverwaltungen durch Gewährung von Darlehen an Private und an gemeinnützige Unternehmungen; Bauvereine, Pausengesellschaften, Baugesellschaften u. a., ferner zum Erwerb geeigneten Baugeländes für Häuser mit solchen Wohnungen. Vom Jahre 1901 bis zum Jahre 1909 sind insgesamt 87 Millionen Mark für diesen Zweck bewilligt worden. Davon wurden am 1. April d. J. noch 1 Millionen Mark zur Verwendung. Aus diesem Grunde ist die Forderung von 1 Millionen Mark im Vorjahre auf 2 Millionen Mark herabgesetzt worden. Gut wäre es aber gewesen, wenn gerade in dem letzten Jahre, weil die Pontätigkeit im allgemeinen infolge der wirtschaftlichen Krise gering war, der ganze vorhandene Betrag verwendet worden wäre.

### Der amerikanische Gewerkschaftskongreß.

Der diesjährige Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften fand in der zweiten Hälfte des November in Toronto, Canada, statt. Aus dem Bericht, den der Vorsitzende der American Federation of Labor, Gompers, gab, und den weiteren Verhandlungen wollen wir anführen, daß es den Organisationen gelang, trotz ungünstiger Umstände, Lohnherabsetzungen zu verhindern. Die Gesamtkosten der Streiks, an denen 98 Gewerkschaften in 698 Fällen beteiligt waren, betrugen 6 658 760. Für sonstige Unterstützungen wurden insgesamt 10 517 807 Mark ausgezahlt. Die Mitgliederzahl der an die Federation angeschlossenen Gewerkschaften beträgt 1 506 400, sie hat gegen das Vorjahr unter den Einwirkungen der Krise um etwa 100 000 abgenommen.

Zur Durchführung des in der deutschen Arbeiterpresse wiederholt geschilderten Rechtsstreites in einer Boykottfrage gegen Gompers und Genossen ist ein besonderer Fonds gebildet worden, der bisher eine Einnahme von 186 051 und eine Ausgabe von 26 849 Mark aufweist. Die ganze Angelegenheit ist eine brutale Aktion der amerikanischen Justiz gegen die Gewerkschaften, denen man die wirksame Durchführung eines Boykotts durch Einzelabschlüsse unmöglich machen wollte. Gompers sowie Mitchell (der Führer der Bergarbeiter) und Morrison (Sekretär des amerikanischen Gewerkschaftsbundes) wurden, weil sie diesem Befehl natürlich in der gewöhnlichsten Weise nicht nachkamen, wegen angeblicher Mißachtung der Gesetze zu einem Jahre, neun und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Es handelt sich um die Herr-

faßt der Ordnung über den Föbel oder um die Demütigung der Ordnung unter den Augen der aufrechteren Massen." heißt es in der charakteristischen Auftragschrift. Der Kongreß beschloß, wenn die Führer die zudiktirte Strafe antreten müssen, während der Dauer der Inhaftierung auch Mittel und Weisen den gleichen Gehalt zu zahlen, wie dem Präsidenten Compers 20.000 Mk. pro Jahr.

Die Postfortschmissionskommission faßt sich später den von Compers gemachten Ausführungen an und betont nochmals, daß das Recht des Postforts unbedingt weiter in Anspruch genommen und verteidigt werde. Mitchell begründet des längeren das Postfortrecht sowie das Prinzip der Hebe- und Besetzbarkeit. Seine Rede soll zu Agitationszwecken gedruckt und verbreitet werden.

Von der Gewerkschaftszentrale selbst wurden 34 Distriktsleiter ganz oder teilweise besetzt. Die Gesamtlisten hierfür belaufen sich ungefähr auf 200.000 Mark. Der Zentrale direkt angegeschlossen sind jetzt 119 Landesverbände (International Unions), 39 Staatsverbände, 595 Gewerkschaftsartikelle und 4 besondere Gruppen (Baugewerbe, Metallgewerbe, Eisenbahner und die Gruppe der Gewerkschaftsmärkte) gegen 67 Landesverbände, 10 Staatsverbände und 82 Stortelle vor 12 Jahren.

Unter Praktische politische Betätigung der Arbeiterklasse" wurde den Gewerkschaften der Rat erteilt, für die politische Schulung ihrer Mitglieder darauf zu sorgen, daß sie ihr Wahlrecht zu den verschiedenen Störverordnungen im Interesse der Arbeiterklasse, jenseit ohne Rücksicht auf die politische Stellung der betreffenden Kandidaten, ausüben.

Der Kongreß befürwortete ferner wieder die Forderung des Achtstundentages. Sie wurde besonders mit den Ergebnissen einer amtlichen Statistik über den Umfang der Produktion und der Arbeitslöhne begründet, aus welcher sich ergab, daß in denjenigen Gewerben, in denen der Achtstundentag durchgesetzt ist, die Löhne seitdem um 25 bis 100 Proz. gestiegen sind. Berichtet wurde weiter, daß, entsprechend der Forderung der Gewerkschaften, in den fünfzigsten Volks- und Berufszählungen auch die Zahl der Arbeitslosen sowie Dauer und Ursache der Arbeitslosigkeit aufgenommen werden soll.

Neuer den Internationalen Kongreß der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Paris sagte Compers unter anderem:

Ich bin vollkommen überzeugt, daß, obwohl das internationale Sekretariat noch vieles zu wünschen übrig läßt, die vitalsten Interessen der Arbeiter Amerikas durch den Anschluß an dasselbe gefördert werden, und deshalb jagere ich auch nicht, diesen Anschluß zu empfehlen. Die Anstalten würden gering sein, ebenfalls die materiellen Vorteile, jedoch würde der Gewinn internationaler Brüderlichkeit in unermeßlicher Weise gefördert werden. Auch bin ich überzeugt, daß unser Anschluß an das internationale Sekretariat die Gründung einer internationalen Föderation der Arbeit beschleunigen würde.

Zum Schluß wird dann darauf verwiesen, daß in keinem Lande die Gewerkschaften unabhängiger, stärker und erfolgreicher seien, als in den Vereinigten Staaten". Die gegenseitige Entsendung von Delegierten sei das beste Mittel, Verständnis und Ausklärung über die Bewegung der verschiedenen Länder zu verbreiten. Mehr Freizügigkeit unter den Gewerkschaften der einzelnen Länder würde die Verbindungen der Arbeiterschaft immer fester gestalten. Es müßte zum Prinzip werden, Mitglieder einer anerkannten Gewerkschaft überall als gleich- und vollberechtigte Kameraden anzusehen.

Das später gegebene Gutachten der Kommission über Compers Europareise besagt, daß dieselbe zweifellos, sowohl der amerikanischen als auch der europäischen Arbeiterbewegung, wertvolle Einblicke verschafft habe. Der Beitritt zum Internationalen Sekretariat wird dringend empfohlen und unter großem Beifall beschlossen.

Erwarte Debatten gab es bei den Anträgen mehrerer Gewerkschaften, einen allgemeinen Widerstandsfonds für den Gewerkschaftsbund zu errichten, die aber zuletzt mit großer Majorität abgelehnt wurden. Von den Vertretern des Zentralverbandes wurde betont, daß alle Gewerkschaften sich mehr an höhere Beiträge gewöhnen und entsprechende Verteidigungsmittel selbst aufbringen müßten. Im Notfall würden so wie bisher natürlich alle Gewerkschaften einer im Kampfe befindlichen Organisation beistimmen. Von den Gegnern des Vorschlages wurde besonders bekräftigt, daß die Entscheidung über Streiks bei Schaffung eines solchen Fonds in den Händen einer Zentralbehörde liegen müßte, die nicht alle Verhältnisse der einzelnen Gewerkschaften kennen, ihnen also auch nicht gerecht werden könne.

Einzelnes Interesse erregte auch ein von der Vertreterin der Handschuhmacher eingebrachter Antrag, der die angeführten Verbände verpflichten sollte, für die Erreichung vollständiger politischer Freiheit für die Frauen tätig zu sein. Die Kommission empfahl, den Ausdruck: „der Kongreß empfiehlt den Gewerkschaften dringend" zu setzen; in

dieser Fassung fand die Resolution gegen nur eine Stimme Annahme.

Einer der wichtigsten Beschlüsse betraf die Bildung weiterer „Inaktgruppen" innerhalb des Gewerkschaftsbundes zum Zweck des engeren Zusammenschlusses der vielen Gewerkschaften der gleichen Industrie. Es besaßen bisher vier solcher „Inaktgruppen".

Von den Vergarbeitern war eine Resolution, die sich für die Vergesellschaftlichung der Produktions- und Distributionsmittel erklärt und die vom vorjährigen Vergarbeiterkongreß angenommen wurde, eingebracht worden. Die Vertreter der Vergarbeiter erklärten hierzu, daß sie eine Eskalation der sozialistischen Grundgedanken ihres Antrages für sehr notwendig und nicht halten würden, es jedoch in Rücksicht auf die Krise, der die gesamte Arbeiterbewegung Amerikas entgegensteht, für richtig halten, den Antrag zurückzuziehen, damit die völlige Einmütigkeit des Kongresses in keiner Weise durch etwaige Meinungsverschiedenheiten getrübt werde. Diese Erklärung wird mit großem Beifall aufgenommen. Ein Antrag auf Verschärfung der Gesetze, welche die gelben Massen von der Einmischung in die Vereinigten Staaten abhalten sollen, fand Annahme. Schließlich wurden Compers als Präsident, Morrison als Sekretär, Vernon als Hauptreferent, sowie die übrigen acht Vizepräsidenten, darunter Mitchell, einstimmig gewählt. Als Delegierte zum nächsten englischen Gewerkschaftskongreß wurden W. Wilson (Vergarbeiter) und J. Connor (Verfasserarbeit) gewählt. Der nächste Kongreß wird in St. Louis 1910 stattfinden.

**Rechtssprechung.**

**Entfernung einer Tätowierung keine vorläufige Verbeiführung einer Krankheit.** (Entscheidung des königlichen Landgerichts in E. vom 13. November 1909.) Der Sattler v. E. ließ sich im Februar 1909 als Mitglied der G.-L.-S.-K. in E. durch einen Herrn Kießlein, welcher sich vorübergehend in E. aufhielt, eine Tätowierung am rechten Unterarm entfernen. S. war auf S. durch ein Inserat in einer örtlichen Tageszeitung aufmerksam geworden. Am 27. Februar und 1. März 1909 hatte S. besonders schwere Arbeit zu verrichten. Der 28. Februar war ein Sonntag. Am 3. März verlangte S. und erhielt S. von der Krankenkasse einen Krankenschein. Der behandelnde Arzt erklärte S. als erwerbsunfähig krank wegen Entzündung des rechten Unterarmes. Die Krankenkasse entzog am anderen Tage S. den Krankenschein wieder, mit der Begründung, S. habe die Krankheit bezw. Erwerbsunfähigkeit vorläufig herbeigeführt. S. erhielt demzufolge gemäß § 26a des Krankenversicherungsgesetzes während der Dauer der Erwerbsunfähigkeit keine Krankenunterstützung. S. übergab nunmehr mit Zustimmung der Verbandleitung die Sache zur weiteren Verarbeitung dem Arbeitersekretariat zu Erfurt. Die durch dieses bei der Aufsichtsbehörde erhobene Beschwerde hatte keinen Erfolg. Ebenso wies das königliche Amtsgericht die Klage trotz Beweisaufnahme und mehrerer Verhandlungstermine ab.

Die hiergegen beim königlichen Landgericht eingeleitete Berufung hatte Erfolg, das Urteil des Amtsgerichts wurde abgeändert und die Beklagte gemäß dem Klageantrag verurteilt.

Aus den Gründen: Der Vordrucker meint, der Kläger habe sich sagen müssen, daß die „Enttätowierung" eine längere oder längere Erwerbsunfähigkeit nach sich ziehen werde, weiter allerdings auch, der Kläger habe die Operation vornehmen lassen, wissend, daß sie zunächst Kranksein und Erwerbsunfähigkeit im Gefolge haben würde. Läßt sich zwar aus diesen, nicht ganz miteinander im Einklang stehenden Bemerkungen nicht entnehmen, daß der Vordrucker den Begriff des Vorhabes verkannt hat, so geht doch seine Annahme zu weit, der Kläger habe den erwünschten Erfolg beabsichtigt. Bei der Absicht bezweckt man den schädlichen Erfolg. Die beabsichtigte Ausziehung einer Krankheit erfordert aber § 6a Nr. 2 des Krankenversicherungsgesetzes nicht. Die vorläufige Zuziehung einer Krankheit genügt, das Bewußtsein, durch die in Betracht kommende Handlung oder Unterlassung werde eine Krankheit verursacht (nicht bloß veranlaßt) werden. Wie man stets bei Handlungen oder Unterlassungen, die im Bewußtsein ihrer rechtsverletzenden Natur geschehen, für deren schädliche Folgen ohne Rücksicht darauf verantwortlich ist, ob man diese Folgen wollte oder auch nur vorausahnd oder voraussehen konnte (§ 1. Fernbuch v. A., Band 11 § 68, unter 11, § 388 unter III), so setzt auch § 6 a. a. O. keineswegs voraus, daß man sich der Erwerbsunfähigkeit als der gewissen oder wahrscheinlichen Folge der durch seine Handlungen verursachten Krankheit bewußt gewesen ist. Will sich vorzüglich eine Krankheit zugezogen hat, soll eben deshalb kein Krankengeld fordern können, insoweit, als seine Ansprüche

aus den Folgen der Krankheit, der Erwerbunfähigkeit verlustig werden.

Daß sich der Kläger aber bewußt gewesen sein müßte, die Verletzung der Tätowierung werde ein Kranksein, eine Krankheit verursachen, könnte keinen Bedenken unterliegen, wenn die Annahme des Vordruckers, es sei ein operativer Eingriff nötig gewesen, zutreffend wäre. Daran könnten die Angabe Kießleins und seine Versicherung, es entständen keinerlei Folgen, nichts ändern. Handelte es sich der Angabe entgegen tatsächlich um eine Operation, einen unbedingten Eingriff mittels Stochen oder Schneiden, so war ohne weiteres klar, daß sie nicht spurlos vorübergehen konnte, sondern mindestens eine nicht unerhebliche Hautverletzung und damit auch eine Krankheit verursachen mußte. Hätte Kießlein, was recht unwahrscheinlich ist, erklärt, trotz der Operation entständen keinerlei Folgen, so würde er damit offenbar nur die Frage des Klägers, ob nachteilige Folgen entstehen könnten, verneint haben. Das ließ sich, wenn eine Operation notwendig war, nur dahin verstehen, weitere Folgen als die durch die Operation bedingte körperliche Verletzung seien ausgeschlossen. War jedoch, wie der Kläger wissen mußte, und zweifellos auch gewußt hätte, die körperliche Verletzung eine Krankheit, so würde es darauf, ob weitere Folgen, namentlich eine Erwerbunfähigkeit, vorauszuheben waren, nicht ankommen.

Bewiesen werden soll noch auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts (Band 21, Seite 331) des Inhalts: „Daß ein Vordrucker wegen einer körperlichen Mißbildung, eines Schönheitsfehlers oder auch wegen eines die Erwerbunfähigkeit bedingenden aber als Krankheit nicht anzusehenden Fehlers sich einer Operation und hierdurch eine nunmehr der ärztlichen Behandlung bedürftige Verletzung herbeigeführt, so liegt Vorhab vor."

Nach der unbefristeten Behauptung des Klägers hat aber S. eine Operation gar nicht vorgenommen, sondern lediglich die Einnahme der Tätowierung mit einer Flüssigkeit bestrichen, über deren Beschaffenheit nichts feineht. Bei dieser Behandlungsweise und der gleichfalls unbefristeten Versicherung S., es entständen keinerlei nachteilige Folgen, hatte der Kläger allerdings keine Veranlassung zu der Annahme, die Enttätowierung auf derartigen Wege werde eine Krankheit verursachen. Entfällt also damit die Voraussetzung des § 6a Nr. 2 a. a. O., daß der Kläger sich die trotzdem entstandene Krankheit vorläufig zugezogen hat, so erscheint sein Anspruch, dessen Höhe nicht beanstandet ist, begründet.

Anmerkung der Redaktion. Um dieses wichtige Urteil recht zu verstehen und seine Tragweite ermessen zu können, dürfte es sich für unsere Leser empfehlen, den Schriftsatz zwei- bis dreimal durchzulesen. Der Bericht wurde ausgefertigt vom Arbeitersekretariat in E. Man kann daran erkennen, wie das mit Recht so gefürchtete und in der Tat auch fürchterliche Zurißendeutlich in den Wortschuß deutscher Arbeitersekretäre übergegangen ist.

**Aus unserem Beruf.**

H. W. „Kein Zwiespalt, sondern Einigkeit auf jeden Fall" lautet die Parole der Vereinigung Berliner Lederwarenfabrikanten. Sie verwarfte sich in ihrer letzten Generalversammlung ganz entschieden gegen die Auffassung der Arbeiter, als sei durch ihre Ablehnung der Streikversicherung ein Zwiespalt zwischen den dem Verbands angehörenden Vereinen entstanden. Herr Loth hob in seiner Eigenschaft als Vorsitzender ganz besonders hervor, daß, wenn die Arbeiter glauben, aus der Ablehnung der Streikversicherung irgend welchen Nutzen ziehen zu können, sie sich in einem großen Irrtum befinden, denn es kann schon recht mit Genauigkeit festgestellt werden, daß, wenn es zur Lohnbewegung geht, die Arbeitgeber nach wie vor geschlossen ihre Interessen den Arbeitern gegenüber vertreten werden.

Hier dürfte Herr Loth wohl derjenige sein, der Gras wachsen hört. Denn niemals haben die organisierten Heißartikel-sattler und Portefeuille sich in dem Glauben befinden, aus dem ablehnenden Standpunkt der Berliner Vereinigung irgend welchen Nutzen ziehen zu können. Das möge Herr Loth sich gesagt sein lassen, daß es den in Betracht kommenden Arbeitern sehr gleichgültig ist, ob die Herren sich gegen Streiks versichern oder nicht. Die Arbeiterschaft weiß die finanzielle Stoßkraft der Lederwarenfabrikanten Berlins zu schätzen und weiß, daß jeder

Jabrikant seine Arbeiter im heißen Arm ver-  
bungen lassen kam, aus welchem Grunde auch  
die Herren Unternehmer es durchaus nicht nötig  
haben, durch irgendwelche Beitragsleistung sich  
eine Unterstützung von dritter Seite zu sichern.  
Desto notwendiger aber haben es die Sattler  
und Portefeuller, welche aus der auf Kampf  
geleiteten Haltung des Herrn Roth, die nötige  
Mittelaufwendung ziehen werden. Das Jahr 1910  
wird das Jahr der Vorbereitung für die im  
Jahre 1911 sich entwickelnden Lohn- und Tarif-  
kämpfe in der deutschen Lederwarenindustrie  
sein. Mögen die Kollegen Sorge tragen, daß  
niemand fehle und daß der Verband aktions-  
fähig ist.

**Aus anderen Organisationen.**

**Der Verband der Freizeugehilfen** hält seinen  
10. Verbandstag vom 16. bis 19. Mai 1910 im  
„Christlichen Hof“ zu Nürnberg ab. Der Verband  
hat seit dem 1. Oktober durch Umbenennung eine  
zweite Beitragsklasse mit einem Wochenbeitrag von  
30 Pf. provisorisch eingeführt, da der 50 Pf.-Beitrag  
den Gehältern an den Orten, wo die Löhne noch be-  
sonders gering sind, zu hoch erschien. Ueber die  
organisatorische Einführung der zweiten Beitragsklasse  
soll der Verbandstag entscheiden.

**Der Verband der Schneider** hält seinen Ver-  
bandstag vom 15. bis 20. August in Hamburg ab.

**Der Verband der Zimmerer** beruft eine außer-  
ordentliche Generalversammlung ein, die nur zu  
dem Ergebnis der Tarifverhandlungen Stellung  
nehmen soll.

**Der Verband der Schmiede** hält seinen nächsten  
Verbandstag am 22. Mai 1910 und folgende Tage in  
München ab. Zur Beratung stehen fast ausschließlich  
innere Angelegenheiten des Verbandes.

**Zum Zusammenschluß der Verbände im Trans-  
portgewerbe.** Vom 13. bis 16. Dezember tagte in  
Hamburg eine Konferenz von Vertretern der Zentral-  
verbände der Hafenarbeiter, Seelenste und Transport-  
arbeiter, um die Grundsätze für den Aufbau und die  
Einrichtungen der bereits von allen drei Verbänden  
im Prinzip beschlossenen Einheitsorganisation der  
Transport- und Verkehlarbeiter zu Wasser und zu  
Land festzusetzen. Nach einer umfassenden, sach-  
lichen Aussprache über die Grundlagen und die Form  
der neuen Organisation wurde, unter Berücksichti-  
gung aller einschlägigen beruflichen und organisato-  
rischen Interessen, eine völlige Verständigung über  
die statutarischen Grundlagen des zukünftigen Ver-  
bandes, sowie über die zu erlassenden Uebergangs-  
bestimmungen erzielt.

In Verfolg der Beschlüsse und Vorschläge dieser  
Konferenz werden die genannten Verbände im Mai  
1910 außerordentliche Verbandstage abhalten, wo die  
von der Konferenz geschaffene Grundlage zu sanktio-  
nieren ist. Daran anschließend, findet ein gemein-  
samer Verbandstag statt, dessen Aufgabe es ist, den  
Zusammenschluß der Verbände endgültig zu voll-  
ziehen und alle für die neue Organisationsform not-  
wendigen Formalitäten zu erledigen.

Nach den Vorschlägen der Konferenz wird die  
Einheitsorganisation am 1. Juli 1910 in Wirkung  
treten.

Eine illustrierte fachtechnische Zeitschrift wird die  
gewerkschaftliche Organisation der Gärtner, der All-  
gemeine deutsche Gärtnerverein, vom 1. Januar 1910  
ab, neben der achtstägig erscheinenden „Allgemeinen  
deutschen Gärtnerzeitung“, seinen Mitgliedern lie-  
fern. Diese Zeitschrift führt den Titel „Gärtner-  
Kochblatt“ und erscheint vorläufig einmal monatlich.

**Rundschau.**

Bei der **Gewerbegerichtswahl in Götz a. M.** er-  
hielten die freien Gewerkschaften von 1514 ab-  
gegebenen Stimmen 1108. Die Christlichen, die in  
der strupellosten Weise und mit dem Aufgebot ihres  
ganzen Stabes den Wahlkampf geführt hatten, er-  
hielten nur 406 Stimmen, sie verlieren einen von  
ihren 4 Besitzern, während die freien Gewerkschaften  
9 statt 8 Besitzer bekommen. Vor zwei Jahren  
wurden nur 883 Stimmen im ganzen abgegeben,  
wovon die freien Gewerkschaften 510, die „Christen“  
273 erhalten hatten.

Die **Gewerbegerichtswahl in Essen a. W.**, bei der  
zum ersten Male die vom Kruppischen Gelde unter-  
stützten Gelben auf den Plan traten, hatte folgendes  
Resultat: Die freien Gewerkschaften steigerten ihre  
Stimmzahl von 7950 auf 8977; sie erhalten 8, statt  
bisher nur 7 Sitze; die Christlichen Stimmen sanken  
von 8752 auf 7517; sie bekommen 6 Sitze, statt bis-  
her 8; die Hirsch-Dunderschen stalt 1180 nur 489  
Stimmen; sie verlieren ihren einzigen Sitz; die  
Gelben erreichten 2756 Stimmen und bekommen 2 Sitze;  
eine Kolonliste erzielte 345 Stimmen. Der Anteil  
der abgegebenen Stimmen für die Christlichen betrug

1906 48,9 Proz. und diesmal 37,4 Proz. — Angesichts  
der ungeheuerlichen Wahlmode für die Gelben durch  
Krupp ist der Erfolg der freien Gewerkschaften durch-  
aus zufriedenstellend. Die „gelbe Beche“ wird von  
den Christlichen bezahlt!

Bei den **Gewerbegerichtswahlen in Lindau i. W.**  
fielen auf die Liste des Gewerkschaftsartikels 236  
Stimmen gegen 120 Stimmen bei der letzten Wahl.  
Die Christlich-Hirsch-Dundersche Kompromißliste  
brachte es nur auf 75 Stimmen. Die freien Gew-  
erkschaften erhalten 4 Besitzer und 3 Ersatzmänner,  
der Hirschmisch einen Besitzer.

Bei der **Gewerbegerichtswahl in Briesg (Schl.)**  
hatten die Gegner gar keine Kandidaten aufgestellt,  
so daß alle Besitzer von den freien Gewerkschaften  
geteilt wurden.

Bei den **Neuwahlen der Besitzer zum Gewerbe-  
gericht Viefeld-Land**, zu welchem 25 Gemeinde-  
bezirke Amtsbezirke gehören, haben die freien Gewerks-  
chaften einen schönen Erfolg erzielt. Es wurde in  
9 Wahlbezirken gewählt. Andere Kandidaten er-  
hielten bedeutend mehr Stimmen als im Jahre 1903.  
Zwei Sitze wurden gewonnen, so daß jetzt die freien  
Gewerkschaften von 12 Sitzen 9 innehaben.

Dem **Zentralarbeitsnachweis des Redenverban-  
des**, der in 16 Orten des Industriegebietes Zweig-  
stellen errichtet, sind 226 Bechen angeschlossen und  
war: in Essen 43, Dortmund 33, Gelsenkirchen 26,  
Bochum 24, Oberhausen 18, Herne 16, Recklinghausen  
13, Pützgendortmund 11, Buer 7, Witten 7, Marnenz  
5, Damm 5, Wärs 5, Rottrop 5, Sprockhövel 4 und  
Mabbed 4.

**Korrespondenzen.**

**Dresden.** (E. 23. 12.) Brandenversammlung  
der Dreibriemenjattler am 16. Dezember im „Volksh-  
haus“. Kollege Richter referierte über: „Lohnver-  
hältnisse und Tarifverträge“. Er schilderte die Er-  
gebnisse der letzten Statistik hier am Orte und gab  
den Anwesenden den neuen Berliner Tarifvertrags-  
entwurf für Dreibriemenjattler bekannt, welcher in  
etwas abgeänderter Form auch bei uns in Dresden im  
nächsten Jahre eingeführt werden soll. Die  
große Mehrzahl der Kollegen sprach sich auch in der  
Diskussion für einen Tarifvertrag aus; denn nur  
dann kann ein einheitlicher und besserer Lohn sowie  
Arbeitszeit geschaffen werden. Gerade bei uns in  
Dresden müßte die Tarifierung derselben ein  
leichtes sein, wo in unserer Branche über 100 Kol-  
legen beschäftigt und davon mehr als zwei Drittel  
organisiert sind. Der Vorsitzende dankte dem Kol-  
legen Richter im Namen der Versammelten für seine  
trefflichen Worte und ermahnte die Kollegen zu  
eifriger Agitation, damit die nächste Versammlung  
noch besser besetzt wird als die heutige. Die  
Ergebniswahlen mußten verschoben werden, weil die  
Vorgeschlagenen sich nicht einschließen konnten, die  
Kreuzer zu übernehmen. Unter „Allgemeinem“  
wurden einige Mißstände bei der Firma Greif kriti-  
siert. Die Versammlung war von zirka 35 Kollegen  
besetzt.

**Nürnberg.** (E. 21. 12.) Wir können nicht  
umhin, einen kurzen Bericht über die Situation der  
heftigen Jahrestage zu bringen. Unter dem Vorhitz des  
Kollegen Thomsen fand nach der Verschmelzung eine  
gemeinschaftliche Generalversammlung statt. Für  
die Verwaltung, welche in dieser Versammlung ge-  
wählt wurde, gab es reichliche Arbeit. Wurde doch  
beschlossen, daß alle 6 Wochen gemeinsame und alle  
14 Tage Sektionsmitgliederversammlungen sowie  
alle 14 Tage Verwaltungssitzungen stattfinden sollen.  
Die Verschmelzung der beiden Lokalklassen wurde  
ebenfalls angesetzt und besprochen, kam aber nicht  
zustande, da bei den Sattlern lokale Arbeitslosen,  
bei den Portefeullern aber lokale Arbeitslosen- und  
Krankenunterstützung ausbezahlt wird. Die Sattler  
sträubten sich angeblich wegen zu starker Belastung  
der Lokalkasse gegen die Einführung der Kranken-  
unterstützung. In der Hauptversammlung im Ok-  
tober referierte der Gauleiter Böhme über das  
Thema: „Was wir wollen und was wir sollen!“  
Er wies in seinen Ausführungen auf die Notwendig-  
keit der Organisation hin. Eine Verwaltungssitzung  
unter Einziehung der Werkstatthalterleute hat  
sich schon mit der Agitation in unserer Branche be-  
schäftigt. Der Erfolg war ein verhältnismäßig  
guter. In dieser Versammlung wurde angesetzt, die  
Jahrestage in 6 Bezirke einzuteilen. Für jeden Be-  
zirk soll eine Agitationskommission gewählt werden,  
welche durch Abhalten von Bezirksversammlungen  
die Agitation zu betreiben hat. Ueber die Aus-  
führung dieses Beschlusses hat die in der nächsten  
Generalversammlung zu wählende Verwaltung zu  
bestimmen. Hoffen wir, daß auch diese Arbeit ihre  
Früchte zeitigen und dem Verband eine Anzahl  
neuer Mitglieder bringen wird. Sind auch die  
Portefeuller zu 90 Proz. organisiert, so ist das bei  
den Sattlern nicht der Fall. Das hier herrschende  
Kleinmetzertum in diesem Fache macht es schwierig,  
Mitglieder für den Verband zu gewinnen. Zu

wünschen wäre für die heilige Kabstille, daß der  
Versammlungsbesuch ein besserer würde, der Ver-  
band braucht nicht nur zahlende, sondern auch mit-  
wirkende Mitglieder.

Wie man verstorrene Kollegen ehrt.  
Wie aus der Sterbetafel der vorigen Nummer  
zu ersehen ist, verstarb in Nürnberg das langjährige  
Mitglied Kollege Heinrich Bus. In der Ortsver-  
waltung bekleidete er den Posten des 2. Majjorats.

Am Beerdigungstage waren ausserdem drei  
Werkstätten, und zwar die der Firmen Wülfinger und  
Deinzerling ganz und die der Firma Weyer auf  
2 Stunden geschlossen. Mehr als 100 Kollegen und  
Kolleginnen gaben dem Verstorbenen das Geleite.  
Er hatte es aber auch verdient. Hier in Nürnberg  
war er ein treues und fleißiges Mitglied unseres  
Verbandes, ein eifriger Agitator für die Gewerkschaft  
und für die Partei. So manches Mitglied wurde  
durch ihn uns und der Partei zugeführt. Auch den  
Kollegen in Offenbach, Berlin und Selangen wird der  
verstorrene Kollege nicht unbekannt sein. Zu be-  
dauern ist, daß derselbe eine junge Frau und zwei  
Kinder im Alter von 4 Jahren und 6 Wochen hinter-  
läßt. Die Kabstille Nürnberg wird ihm ein gutes  
Andenken bewahren. Die Ortsverwaltung.

**Adressenänderungen.**

**Anterslautern.** B. Karl Emig, Gasstr. 11.  
**Mannheim.** B. Fritz Bohland, Langstr. 39 I.  
**Sagen i. W.** R.-U. bei Karl Schürhoff, Hoch-  
straße 85, abends 7-8 Uhr, Sonntags 11-1 Uhr.  
**Königsb.** R.-U. beim B. M. Krügel, Al. Laistadie I,  
Nr. 3. 7 1/2-8 u. Z. von 12-1 Uhr.

**Versammlungskalender.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir kostenlos diejenigen Ver-  
sammlungsangelegenheiten, die bis zum Reaktionschluss bei uns ein-  
laufen.)

**Berlin. Branchenversammlungen:** Geschie-  
branche: Donnerstag, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
im „Englischen Hof“, Neue Köpfer 3. — Porte-  
feuller- und Reiseartikelbranche: Mittwoch,  
den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei „Graumanns“,  
Rauhenstr. 27. — Wäfflerbranche: Mittwoch, den  
5. Januar, abends 6 Uhr, im „Englischen Garten“,  
Alexanderstr. 27 c. — Linoleumleger und Teppich-  
näher: Mittwoch, den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
bei Weichnath, Grünstr. 21. — Eisenmöbel- und  
Lederhupfotiker: Donnerstag, den 6. Januar,  
abends 8 1/2 Uhr, bei Paul Walter, Adalbertstr. 62. —  
Sektion Charlottenburg: Mittwoch, den 5. Januar,  
abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Kottbusser-  
Wagenbr.: Mittwoch, den 5. Januar, abends  
8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15.  
**Bremen.** Sonnabend, den 1. Januar, abends  
1/2 Uhr, im Restaurant „Stadt Altiau“, Mitglieder-  
Versammlung.  
**Hannover.** Sonnabend, den 4. Januar, abends  
9 Uhr, bei Fr. Wolf, Schillerstr. 4, Generalversammlung.  
**Hamburg-Altona.** Donnerstag, den 6. Januar,  
abends 9 Uhr, General-Versammlung im Gewerkschafts-  
haus (oberer kleiner Saal).

**Anzeigen.**

**Zentral-Franken- und Begräbniskasse der Sattler  
und Berufsgruppen Deutschlands „Hoffnung“**  
E. G. 64, Berlin.

**Quartalsversammlungen.**

Tagesordnung:

1. Abrechnung.
2. Wahl des halben Vorstandes.
3. Verschiedenes.

**Bremen.** Montag, den 10. Januar, abends  
9 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Generalversamm-  
lung.

**Hannover.** Montag, den 10. Januar, abends  
9 Uhr, bei Wolf, Schillerstr. 4: Mitgliederversamm-  
lung.

**Industriegebiet  
Offenbach-Frankfurt.**

Die Mitglieder im Industriegebiet werden dringend  
gebeten, jeden Wechsel ihrer Arbeitsstätte sofort dem  
Beitragsheber oder ihrer Ortsverwaltung zu melden.  
Die Ortsleitung.

**Geübte Täschner  
und Kofferarbeiter**  
finden sofort dauernde Stellung bei  
**Saefler & Pöcker, Magdeburg.**